

Arbeitslosigkeit und die Geschäftsnot der Eingekessenen verwehren. Als Beispiel ein paar Zahlen hierfür aus Ostpreußen, die aber kennzeichnend sind für alle Grenzgebiete und in der Grenzmark Posen-Westpreußen wesentlich übertrifft werden: In Bütow liegt die Zahl der selbständigen Handwerker von 378 auf 588, in Nummersburg von 517 auf 598, in Pauenburg gar von 590 auf 998. Dazu sind die Pläge an der Grenze vielfach ihres Hinterlandes beraubt.

Die Not des Ostens beschränkt sich auch nicht auf die unmittelbar betroffenen Gebiete. Die Landflucht, die in Ostpreußen besonders stark ist, macht sich auf dem Arbeitsmarkt im ganzen Reich bemerkbar. Die Industrie führt auf das schwerste den schleichenden Abwärtstrend, und führende Kreise der Industrie sind es, die immer wieder darauf hinweisen, daß eine Aufrechterhaltung unseres Exportes in dem bisherigen Umfang nur möglich ist, wenn wir unserer Industrie festere Grundlagen auf dem heimischen Markt schaffen, wo sie einen natürlichen Vorprung gegenüber dem andrängenden Auslande hat. Fast ein Drittel des deutschen Volktes ist in der Landwirtschaft tätig und von ihr abhängig. Die mangelnde Konsumfähigkeit dieses Drittels der Bevölkerung bringt wieder ein Drittel der gewerblichen Arbeiterkraft aus dem Arbeitsprozeß und führt sie der Erwerbslosenversicherung zu. Das Schwergewicht der deutschen Landwirtschaft aber liegt im Osten; hier sind auch die Weidewirtschaften, die wir brauchen, um eine möglichst große Rohstoffzufuhr zum Auslande zu erringen.

Polnische Missetaten über Ostpreußen — die sich täglich wiederholenden Fälle von Russpionage zeigen, daß zur Zeit

das gesamte tausendjährige deutsche Kolonisationswerk, das aus diesen Ostländern blühende deutsche Landschaften machte, ernstlich in Frage gestellt ist. Damit treten auch die Bedeutung und Aufgabe der Ostpolitik deutlich hervor. Diese liegen zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet und haben hier das Endziel, in Stadt und Land neue Lebens- und Entwicklungsgrundlagen zu schaffen. Durch Wiederaufbau des landwirtschaftlichen Realvermögens allein ist es nicht getan, es gilt vielmehr, alle Möglichkeiten, die im Boden des Ostens liegen, zur wirtschaftlichen Entfaltung zu bringen. Darüber hinaus müssen bewußt soziale und bevölkerungspolitische Ziele erstrebt werden. Die Siedlung in jeder Form, als Arbeiter- und Bauernsiedlung, muß in größtem Maße gefördert werden, wie es die Reichsregierung versprochen hat, um den Abstrom der Menschen vom Osten und damit das Wachsen der Arbeitslosigkeit im Westen zu verhindern und den aufstrebenden Kräften im Landvolk die eigene Scholle zu sichern.

Wir stehen am Anfang einer Epoche, in der das deutsche Volk sein Gesicht wieder stärker dem Osten zuwenden. Fördern wir den Osten, soweit es irgendwie in unseren Kräften liegt, geben wir der dortigen Bevölkerung Mut und Schaffensfreude zurück: Dann singen Senken und Siedeln ein Lied von der Macht an der Weichsel, das das Surren feindlicher Propeller überdröhnt, und aus gesundem, bodenständigem Volk ist ein Wall errichtet, den die polnische Flut wohl zu bestürmen vermag, an dem sie sich aber tollkühn, wie das Meer an einem festgefügten Deich,

Auslieferungsvertrag mit Amerika

Berlin, 30. Juli. Die Verhandlungen über einen Auslieferungsvertrag zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika und dem Deutschen Reich haben jetzt vor dem Abschluß. Der Entwurf wird im Reichsjustizministerium und im amerikanischen Justizministerium nochmals geprüft. Der Auslieferungsvertrag sieht grundsätzlich die gegenseitige Verfolgung von Verbrechen vor. Jedes Land liefert die in seinem Territorium befindlichen fremden Staatsangehörigen aus, wenn das andere Land diese wegen schwerer Verbrechen und Vergehen verlangt. Ausgeliefert wird wegen Mordes, Totschlags, schwerer Körperverletzung, Meuterei in Gefängnissen, Meuterei auf Schiffen, Meineids, fittlicher Verbrechen und Eigentumsvergehen.

Wegen politischer Verbrechen und Vergehen erfolgt keine Auslieferung. Ausdrücklich ist aber bestimmt, daß Verbrechen und Vergehen gegen das Leben niemals als politische Taten anerkannt werden dürfen.

In zahlreichen anderen Auslieferungsverträgen ist der Begriff des politischen Verbrechens viel weiter gefaßt, vor allem wird bei politischen Vergehen gegen das Leben, bei schwerer Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, ausgeliefert. Durch den Abschluß des Vertrages, der auf zehn Jahre erfolgen soll, wird ein langjähriger rechtloser Zustand beendet. Früher hatten nur einzelne deutsche Staaten Auslieferungsverträge mit den Vereinigten Staaten, die aber seit dem Beginn des Krieges mit Amerika außer Kraft sind. Während nach deutschem Recht auch ohne Vertrag ausgeliefert werden darf, ist dies nach amerikanischem Recht ausgeschlossen. Hierdurch ergaben sich große Schwierigkeiten für die Bekämpfung des Verbrechertums.

Das Ende der demokratischen Partei

Aufgehen in der Staatspartei beschlossen

Berlin, 30. Juli. Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei, der am Mittwoch im Reichstag saß, nahm nach lebhafter Aussprache gegen vier Stimmen folgende Entschließung an:

„Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei stimmt der Gründung der Deutschen Staatspartei zu und stellt die Parteiorganisation für den Wahlkampf zur Verfügung. Der Parteiausschuss wünscht und erwartet, daß die Deutsche Staatspartei mit größtem Ernst bemüht sein wird, alle gesinnungsverwandten Kräfte zu vereinigen und zu einheitlicher politischer Arbeit zusammenzufassen.“

Der zweite Satz dieser Entschließung fand Annahme gegen nur eine Stimme.

In der Aussprache

wurde bedauert, daß nicht versucht worden sei, durch Hinzuziehung von Mitgliedern des linken Flügels der Deutschen Volkspartei eine neue Parteiorganisation zu bilden. Man sei nun aber vor vollendete Tatsachen gestellt und müsse die neue Partei unterziehen. Bemängelt wurde weiter die vor der Gründung der neuen Partei betriebene Heimlichkeit. Vollkommene Klarheit wurde verlangt, welche Persönlichkeiten die neue Sache führen sollen. Von einem Diskussionsredner wurde erklärt, daß Minister Dietrich an die Spitze der neuen Bewegung gehöre. Es wurde weiter anerkannt, daß das Wahlprogramm der Staatspartei durchaus demokratische Grundzüge enthalte. Es gelte jetzt die Erhaltung der deutschen Republik. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß das Wahlprogramm der neuen Staatspartei keinen neuen Geist enthalte, sondern nur die alten Forderungen aufzähle.

Besondere Bedenken machte Professor Hellpach (Heidelberg) geltend, der vor allem eine Erneuerung in der Führerschaft forderte. Erst dann könnten er und seine Freunde in der Deutschen Staatspartei mitarbeiten. Der preussische Finanzminister Goepfer-Wischhoff erklärte, die Grundlagen demokratischer Außenpolitik hätten mit der Anerkennung des Versailler Vertrages nichts zu tun. Die demokratische Politik habe auf dem Protekt gegen den Versailler Vertrag beruht. Es herrsche im Volke eine große und gewaltige Sehnsucht nach Neugruppierungen. Der Redner äußerte den Wunsch, daß die Einigung auf noch breiterer Grundlage erfolge. Der Erfolg der Deutschen Staatspartei hänge davon ab, ob es gelinge, die politischen Heimatlosen zu begeistern und an die Herzen der jungen Menschen heranzukommen. Professor Dübbe äußerte Bedenken gegen die Neugründung, erklärte aber, daß er den Schritt von Erfelden nicht mitmachen werde.

Nach Annahme der Entschließung beschäftigte sich der demokratische Parteiausschuss noch mit organisatorischen Fragen. Von mehreren Mitgliedern wurden Bedenken hinsichtlich einiger Stellen in dem Aufruf geäußert, den der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Wahren, am Mittwoch an seine Anhänger gerichtet hat und in dem es u. a. heißt, daß es in erster Linie am Jungdeutschen Orden liegen werde, die Front nach rechts zu erweitern, und daß die Schlüsselstellung der Jungdeutschen Volksnationalen Bewegung in der neuen Partei die Gewähr für die Ausschaltung der internationalen pazifistischen Schwärmer biete. Diese Bedenken wurden insbesondere von dem Parteiführer Koch-Weser zerstreut. Zu weiteren Bedenken über die Stellung der neuen Partei zum Reichsbanner gab Lemmer bekannt, daß gerade in der Frage des Reichsbanners mit der Volksnationalen Reichsvereinigung eine rasche und vollständige Verständigung möglich gewesen sei. Eine Veröffentlichung, die die Staatspartei in den nächsten Tagen über das Verhalten zum Reichsbanner herausgeben wird, werde jeden demokratischen Reichsbannerkameraden befriedigen.

Die Staatspartei an 6. Stelle auf der Wahlliste

Berlin, 30. Juli. Zwischen der Leitung der Deutschen Staatspartei und dem Reichsinnenministerium sind Verhandlungen geführt worden über den Platz der neugegründeten Partei auf der Wahlliste. Man ist übereingekommen, daß die Deutsche Staatspartei an 6. Stelle auf der Wahlliste stehen wird, an Stelle der bisherigen Demokratischen Partei.

Beitritte zur Staatspartei

Berlin, 30. Juli. Nach Mitteilung des „Jungdeutschen“ haben ihren Beitritt zur Deutschen Staatspartei unter anderem erklärt der preussische Handelsminister Dr. Schreiber und der Chefredakteur der „Täglichen Rundschau“, Dr. Schütze-Pfälzer.

Ein Aufruf Wahrens

Berlin, 30. Juli. Der „Jungdeutsche“ veröffentlicht einen Aufruf Wahrens „An seine jungdeutschen und volksnationalen Freunde“, in dem er sein Eintreten für die neugegründete „Deutsche Staatspartei“ begründet. Es heißt in dem Aufruf unter anderem: „In der jungen Deutschen Staatspartei müssen sich deutsche Menschen aus dem schwarzweißen wie aus dem schwarzrotgoldenen Heerlager die Hände zum gemeinsamen Kampf geben. Die junge Deutsche Staatspartei muß der jungen Generation die volle Gleichberechtigung in jeder Beziehung einräumen. Das junge Geschlecht ist nicht mehr gewillt, sich von den alten Politikern zurückdrängen zu lassen. Nach der Befreiung des Rheinlandes beginnt innenpolitisch wie außenpolitisch eine neue Zeit. Die junge Deutsche Staatspartei muß und die Gewähr bieten, daß die skrupellose Selbstsucht von Klassen-, Interessenten- und Finanzgruppen einem hohen staatspolitischen Verantwortungsgesühl Platz macht. Das Gebot der Klugheit und

Gerechtigkeit erfordert die Kampfgemeinschaft mit einer Anzahl von Altparlamentariern und politisch führenden Persönlichkeiten der alten Parteien.

An uns wird es in erster Linie liegen, die Front nach rechts zu erweitern.

Die einmütige Geschlossenheit der jungdeutschen und volksnationalen Bewegung bietet weiten Volkskreisen die Gewähr für die Ausschaltung der internationalen pazifistischen Schwärmer, die dem Deutschen Reich so unermesslichen Schaden zugefügt haben.“ — Der Aufruf enthält weiter die Mitteilung, daß Wahren sich entschlossen habe, die außerparlamentarische Führung der jungen Deutschen Staatspartei zu übernehmen.

Staatspartei gegen Staatspartei

Eine einstweilige Verfügung gegen Wahren beantragt

Berlin, 30. Juli. Der Vorsitzende eines Vereins, der am 2. Mai 1929 als „Deutsche Staatspartei C. B.“ in das Vereinsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte eingetragen worden ist, namens Hall-Gallen, hat, wie er in einem Schreiben bekanntgibt, den Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen die unter Führung von Arthur Wahren stehende neue Partei dahingehend beantragt, daß dieser Partei die Führung des Namens „Deutsche Staatspartei“ nur in Übereinstimmung mit dem eingetragenen Verzeichnis „Deutsche Staatspartei“ gestattet werden soll. Gemäß Verfügung des Landgerichts II Berlin soll über den Erlaß einer einstweiligen Verfügung mündliche Verhandlung anberaumt werden.

Das Reich macht Bilanz

70 Millionen monatlich für Beamtengehälter, aber 155 Millionen für Pensionen und Renten
Die Arbeitslosenversicherung erfordert 161 Millionen in zwei Monaten

Zum erstenmal haben sich die amtlichen Stellen entschlossen, ihre statistischen Mitteilungen über den Haushalt des Reiches im April und Mai 1930 in der Art einer kaufmännischen Bilanz aufzumachen. Dieser Bitten, Ermahnungen und Anregungen hat es bedurft, um dieses Ziel zu erreichen, nämlich eine übersichtliche, nicht nur für den Eingeweihten lesbare Aufstellung zu erhalten. Um so interessanter ist es, aus dem soeben erschienenen Heft der „Wirtschaft und Statistik“ ein genaues Bild der Reichseinnahmen und -ausgaben zu finden. Mehr als 1,2 Milliarden betragen die Einnahmen des Deutschen Reiches im April und Mai 1930.

Aus welchen Posten setzt sich nun diese stattliche Summe zusammen? Da rückt man zunächst auf den Posten „Steuern“, worin der Reichsanteil an Steuererträgen, Zöllen und Abgaben enthalten ist. Es mag einem zunächst die dort genannte Summe von einer Milliarde und 19 Millionen ziemlich gering erscheinen. Man muß aber bedenken, daß diese Summe nur den Anteil darstellt, den das Reich wirklich bezieht. Unter dieser Rubrik hat nicht die 593 Millionen aufgeführt, die das Reich bereits für die betreffenden Monate an die Länder überwiesen hat. Aber noch etwas anderes interessiert an dem Posten Steuern, nämlich die erhebliche Differenz, die zwischen den Einnahmen aus April und Mai besteht. Während nämlich das Reich im April 676 Millionen vereinnahmte, waren es im Mai nur 343 Millionen, also ungefähr die Hälfte. Das ist darauf zurückzuführen, daß der

April ein wichtiger Steuertermin

ist, denn zu diesem Zeitpunkt müssen vierteljährliche Vorauszahlungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer gezahlt werden, während im Mai nur Vorauszahlungen für die Vermögenseinkommensteuer entrichtet sind. Aus der Reparationssteuer der Reichsbahn hat der Staat in den beiden Monaten 110 Millionen, aus dem Ueberseus der Post und Reichsbank 10, aus der Münzprägung 4, und aus Verwaltungsabgaben etwa 27 Millionen erhalten. Damit sind die Reichseinnahmen aus dem ordentlichen Haushalt erschöpft.

Besentlich länger ist schon die Ausgabenliste.

Da sieht man für zwei Monate die Ausgaben für Beamten- und Angestelltengehälter mit 140 Millionen angesetzt. Ueber 812 Millionen Mark betragen im April und Mai die Ausgaben für Kriegsschadikantenrenten und Ruhegehälter. Daneben wurden 37 Millionen, die das Reich an die Länder für die Schutzpolizei gezahlt hat, noch gering. Die sozialen Ausgaben bleiben mit etwa über 75 Millionen Mark ziemlich stabil, ebenso ist es mit den 36 Millionen Mark Krisenunterstützung. Nicht weniger als 161 Millionen hat in zwei Monaten die Reichsregierung für Arbeitslosenversicherung erhalten. Für Heer und Marine mußten in dem genannten Zeitraum über 80 Millionen verausgabt werden, während die übrige Reichsverwaltung zusammen 88 Millionen erforderte. Nun folgen zwei gewichtige Posten, nämlich

die Reparationszahlungen mit mehr als 273 Millionen,

zu denen noch sonstige äußere Kriegslasten mit 90 Millionen kommen. Für innere Kriegslasten mußten nochmals 66,8 Millionen aufgewandt werden. In den Monaten April und Mai 1930 nahm das Reich insgesamt 1 Milliarde und 220 Millionen ein, während die Ausgaben fast 1 Milliarde 279 Millionen betragen, so daß eine Mehrausgabe von 59 Millionen, also ein Defizit, übrig bleibt.

Die Einigung in der Nordwestgruppe gescheitert

Essen, 30. Juli. Die am Dienstag in den Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe und den Gewerkschaften formulierte Vereinbarung, die das Ziel hatte, eine Kündigung des Lohn- und Arbeitszeitabkommens zu vermeiden, wurde am Mittwochabend von der Vertretertagung des Christlichen Metallarbeiterverbandes einstimmig angenommen. Es wurde beschlossen, das Lohn- und Arbeitszeitabkommen nicht zu kündigen. Auch der Gewerkschaften Hirsch-Düncker hat der Vereinbarung zugestimmt. Dagegen haben die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes sich gegen die Annahme der Vereinbarung ausgesprochen und die Kündigung des Lohnabkommens beschlossen.

Dittmann-Hamburg deutscher Bundesmeister im Schießen

Bln, 30. Juli. Am Mittwoch, dem fünften Schießtag des 19. Deutschen Bundeschießens, wurde die Deutsche Bundesmeisterschaft von dem Schützen Walter Dittmann aus Hamburg mit 908 Punkten errungen. Ferner wurden im Laufe des Tages 58 goldene, 107 silberne und 88 grüne Kränze errungen.

Ein Koblenzer Opfer an Land gepflückt

Neuwied, 30. Juli. In Oberwinter wurde am Dienstag die Leiche eines 20jährigen Dentisten aus Neuwied an Land gepflückt. Der Dentist wird seit dem Brückensturz in Koblenz vermisst.

Besentlich kleiner ist selbstverständlich der außerordentliche Haushalt,

bei dem die Gesamteinnahmen etwa 207 Millionen Mark ausmachen. Auch die Ausgaben halten sich mit etwa 190 Millionen Mark in bescheidenen Grenzen, und auch diese Zahl wäre wesentlich kleiner, wenn nicht unter Ausgaben die 100 Millionen erscheinen würden, die das Deutsche Reich als Sondereinlage bei der neuen Bank für Internationalen Zahlungsausgleich eingezahlt hat. Nun scheint zwar der außerordentliche Haushalt mit einem erfreulichen Einnahmehüberschuß von 167 Millionen ein freundlicheres Bild zu geben. Es wäre aber zu früh, bei dem Anblick dieser Bilanz optimistisch zu werden, denn es handelt sich ja nur um eine Aufstellung für die Monate April und Mai. Insgesamt hat der ordentliche Haushalt im laufenden Rechnungsjahr ein Defizit von 522 Millionen zu verzeichnen, während der außerordentliche Haushalt einen Selbstbetrag von mehr als 600 Millionen aufweist, so daß

als Gesamtbestand ein Minus von 1 Milliarde 127 Millionen

übrig bleibt. Dabei muß man aber noch berücksichtigen, daß unter den Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes etwa 195 Millionen Mark aus Anleihen enthalten sind, und daß ein weiterer Einnahmeposten von 100 Millionen aus der Auflösung eines Reservefonds stammt.

Obwohl die Summe des Defizits erschreckend hoch erscheint, hat sie sich doch in zwei Monaten um mehr als 100 Millionen Mark vermindert, denn der Gesamtselbstbetrag belief sich zu Beginn des laufenden Rechnungsjahres auf fast 1 227 Millionen.

Auch über die Höhe der Reichsschuld machen die neuesten statistischen Zusammenstellungen interessante Angaben. Ende Mai 1930 betrug sie etwa 9,4 Milliarden, und dazu kommt noch eine Summe von etwa 745 Millionen Abschlagschulden für Neubehuf. In dieser Position wenigstens sieht man

einen Rückblick;

denn während die Reichsschuld seit Ende August 1929 dauernd gewachsen ist, zeigt sie Ende Mai erstmalig eine fast rückläufige Bewegung. Sie hat in einem Monat um nicht weniger als 463 Millionen abgenommen, und zwar durch Abdeckung kurzfristiger Inlandschulden. So sind vor allem die unverzinslichen Schapanweisungen, die das Deutsche Reich herausgegeben hat, um 411 Millionen zurückgegangen. Diese Entwicklung wurde dadurch ermöglicht, daß Deutschland dem Youngplan zufolge etwa 861 Millionen weniger zu zahlen hatte. Auch brachte der Betriebskredit bei der Reichsbank, dem im vorigen Monat noch etwa 10 Millionen Mark entnommen wurden, im Mai nicht benutzt zu werden.

